

Demokratie über Nacht

Dr. Andrea Hänger

Einführende Texte zum Modul „Entdecken“ in der vollständigen Version

Räte, Revolution, Republik – Umbruch des politischen Systems

Am 4. November 1918 läutete eine Meuterei kriegsmüder Soldaten das Ende des deutschen Kaiserreiches ein. Ausgelöst von Soldaten der Hochseeflotte breitete sich die Revolution von Kiel wie ein Lauffeuer über das Deutsche Reich aus. Nahezu widerstandslos brach das alte Regime in sich zusammen. Der nach der Ausrufung der Republik gegründete Rat der Volksbeauftragten musste das zukünftige politische System aufbauen und gleichzeitig die Folgen des gerade beendeten Großen Krieges bewältigen. Trotz eines breiten gesellschaftlichen Konsenses für eine parlamentarische Demokratie, die von einer Nationalversammlung ausgestaltet werden sollte, kam es zu heftigen, oft gewalttätigen Auseinandersetzungen mit denjenigen, die diesen Konsens nicht mittragen wollten. Zunächst waren es die enttäuschten Revolutionäre des Spartakusbundes, die zum offenen Kampf gegen die junge Republik aufriefen, später sammelten sich auch auf der extremen Rechten die Gegner, die in paramilitärischen Verbänden organisiert auch vor politischen Morden nicht zurückschreckten. So überschattete die alltägliche Gewalt Deutschlands Weg in die Demokratie, die mit der Weimarer Reichsverfassung im August 1919 ihr Fundament erhielt.

Die letzten Wochen des Kaiserreichs

Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches im Herbst 1918 vollzog sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Am 3. Oktober 1918 bildete Reichskanzler Prinz Max von Baden erstmals eine Regierung unter maßgebender Mitwirkung der Parteien der Reichstagsmehrheit. Damit hatten die Mehrheitsparteien im Reichstag, die SPD, das Zentrum und die Freiheitliche Partei, das erreicht, worauf sie seit Frühsommer 1917 gemeinsam hingearbeitet hatten.

Auf Drängen der Obersten Heeresleitung bestand die erste Amtshandlung der neuen Regierung darin, den amerikanischen Präsidenten zu ersuchen, angesichts der dramatischen Lage einen Waffenstillstand herbeizuführen. Dieses Eingeständnis der eigenen Niederlage traf die deutsche Öffentlichkeit völlig unvorbereitet, da hier erstmals die bis dahin von der OHL vertuschte Aussichtslosigkeit der militärischen Lage offenbar wurde.

Kriegsmüdigkeit und Enttäuschung gleichermaßen ließen bei Soldaten und Zivilbevölkerung nicht nur den Wunsch entstehen, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, sondern auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des bestehenden Regimes verlieren. Die Verfassungsreform der neuen Regierung, die bereits am 28. Oktober in Kraft trat und das Deutsche Reich zu einer parlamentarischen Monarchie machte, konnte keine Wirkung entfalten. Die öffentliche Debatte wurde beherrscht von der Diskussion über die Lage an der Front und die im lauter werdende Forderung nach der Abdankung der Kaisers, da Antwort Wilsons auf das Waffenstillstandersuchen zumindest suggerierte, dass die Abdankung des Kaisers Vorbedingung für Friedensverhandlungen sein könnte.

Eine Meuterei wird zur Revolution

Ein Alleingang der Seekriegsleitung, die ohne Einbeziehung der Reichsregierung einen Flottenvorstoß in der Nordsee anordnete, führte zu ersten Befehlsverweigerungen bei der Hochseeflotte in Wilhelmshaven, weitere Aufstände in Kiel folgten und bereits am 4. November befand sich Kiel in den Händen der Revolutionäre. Die Ereignisse überschlugen sich und binnen weniger Tage brach das Herrschaftssystem des Kaiserreichs fast widerstandslos in sich zusammen. Fast lautlos und vollkommen unspektakulär verließen die gekrönten Häupter der seit Jahrhunderten regierenden Herrscherhäuser von Bayern über Sachsen bis Württemberg und Baden widerstandslos ihren Thron. Spontan breitete sich die revolutionäre Bewegung von Kiel über das Land aus und erreichte am 9. November die Reichshauptstadt. Dort verkündet der Reichskanzler Max von Baden unautorisiert die Abdankung des Kaisers. Während er in der Reichskanzlei sein Amt an Friedrich Ebert, den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, übergab, rief Philipp Scheidemann von einem Fenster des Reichstages die Republik aus. Tatsächliche Inhaber der Macht zu diesem Zeitpunkt waren allerdings die Berliner Soldatenräte, die eine maßgebliche Beteiligung an der Regierungsbildung forderten.

Auf dem Weg zur Nationalversammlung

Daraufhin wurde am 10. November der Rat der Volksbeauftragten aus Vertretern der SPD und der USPD gegründet, der noch am gleichen Tag von einer 3000 Delegierte umfassenden Räteversammlung als provisorische Reichsregierung bestätigt wurde. Bereits am nächsten Tag unterzeichnete die neue Regierung das Waffenstillstandsabkommen und beendete damit den Ersten Weltkrieg. Nun galt es die Frage zu klären, welche Regierungsform Deutschland zukünftig haben sollte. Auf eine solch offene Situation war niemand vorbereitet und keine politische Gruppierung hatte einen konkreten Plan, wie es weitergehen könnte. Der gewaltige Druck, die Folgen eines verlorenen Krieges bewältigen zu müssen, schränkte allerdings den Raum für einen echten politischen Neuanfang stark ein. Sehr schnell bildete sich ein Konsens der bürgerlichen Kreise, der Sozialdemokraten und der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte zur Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung und damit für ein parlamentarisches System. Der linksliberale Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß erhielt am 15. November als neuer Chef des Reichsamtes des Innern den Auftrag, den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung vorzubereiten. Bereits am 28. November verabschiedete der Rat der Volksbeauftragten das dafür notwendige Wahlgesetz, das erstmals in Deutschland auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht einräumte. Der Rätekongress im Dezember legte dann den 19. Januar 1919 als Wahltermin fest. Neben dem Frauenwahlrecht setzte der Rat der Volksbeauftragten auch eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiterbewegung um und führte am 23. November nach einer vorausgegangenen Übereinkunft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern den Achtstundentag ein. Der Rat der Volksbeauftragten war stark von dem Selbstverständnis geprägt, nur eine Übergangsregierung darzustellen und hielt sich mit weitergehenden gesellschaftlichen Strukturreformen zurück, um den Entscheidungen der Nationalversammlung nicht vorzugreifen.

Nur die äußerste Linke, der Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, konnte sich in dem breiten Konsens für eine parlamentarische Demokratie nicht wiederfinden und kämpfte für ein sich an Sowjetrussland orientierendes Räteystem. Um der Gewalt auf den Straßen Herr zu werden, griff die neue Regierung auf die Mächte der alten Ordnung, die Reichswehr zurück. Diese verfügte allerdings nicht mehr über reguläre Einheiten, sondern organisierte die von der Front zurückkehrenden Soldaten in Freiwilligenverbänden, den Freikorps. Die Spirale von Gewalt und

Gegengewalt fand im so genannten Januaraufstand 1919 und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ihren ersten traurigen Höhepunkt. Das brutale Vorgehen gegen die Revolutionäre beschleunigte die Radikalisierung der äußersten Linken. Direkte Folge des Januaraufstandes war auch, dass die neu gewählte Nationalversammlung sich am 6. Februar 1919 nicht in Berlin, sondern in Weimar konstituierte. Stärkste Partei war die SPD, die aber nur gemeinsam mit den bürgerlich-demokratischen Parteien regieren konnte, dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei. Diese so genannte Weimarer Koalition hatte bereits im Reichstag des Kaiserreiches zusammen gearbeitet.

Die Weimarer Reichsverfassung

Mit dem „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ schuf die Nationalversammlung bereits an ihrem 3. Sitzungstag die Grundstruktur des Verfassungsaufbaus, der auf eine starke institutionelle Kontinuität zum Kaiserreich setzte. Am 11. Februar wurde Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt, dessen herausgehobene Stellung im Verfassungsgefüge an einen „Ersatz-Kaiser“ denken ließ. Genau 6 Monate später unterzeichnete Ebert die Weimarer Verfassung, welche das Reich als parlamentarische Republik konstituierte. Auswirkungen von Revolution und Staatsumsturz fanden in der Verfassung keinen Niederschlag, sie entsprach ganz den bürgerlich-liberalen Vorstellungswelten ihrer „Väter“. Die Verfassung regelte nicht nur Aufbau und Aufgaben des Reiches, sie enthielt auch einen umfangreichen Katalog der Grundrechte und Grundpflichten und sollte so auch das Verhältnis von Bürger und Staat regeln.

Zu einer Beruhigung der aufgeheizten politischen Situation konnte die Nationalversammlung nicht beitragen. Die Radikalisierung der politischen Linken wurde auch durch ein gewaltsames Unterdrücken revolutionärer Bestrebungen im ganzen Reich nicht aufgehalten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums begannen sich ebenfalls die Gegner, die bis dahin wie in einer Art Schockstarre still gehalten hatten, zu formieren und gegen die junge Republik zu Felde zu ziehen. Im März 1920 kam es anlässlich der Auflösung der Freikorps zu einem Staatsstreich ehemaliger Freikorpsmitglieder, dem so genannten Kapp-Putsch, der Deutschland wiederum an den Rand eines Bürgerkrieges brachte. Die Rechtsextremen organisierten sich fortan in paramilitärischen Verbänden und in Geheimorganisationen, die auch vor politischen Morden nicht zurückschreckten, denen mit Mathias Erzberger und Walther Rathenau führende Repräsentanten des demokratischen Deutschlands zum Opfer fielen.

Die junge Republik wurde von links- und rechtsextremistischen Kräften bedroht, Gewalt prägte den politischen Alltag trotz Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Die Gegner der Republik von beiden politischen Seiten kämpften dabei nicht um die Macht im bestehenden System, sondern wollten das System selbst vernichten. Schon in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zeigte sich, wer, wie es der Historiker Jörn Leonhard formuliert, der eigentliche Sieger des Weltkrieges war: das Prinzip des Krieges selbst als Möglichkeit zur gewaltsamen Veränderung durch Mobilisierung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Die besiegte Nation – Neuausrichtung der Staatengemeinschaft und Bündnispolitik im Zeichen der Niederlage

Bei den Friedensverhandlungen im Frühjahr 1919 waren die Deutschen von Beginn an in einer denkbar aussichtslosen Position. Da sie erst im Augenblick ihrer totalen Kampfunfähigkeit um einen Waffenstillstand ersucht hatten, waren sie der unzweifelhafte und eindeutige Verlierer des Krieges, der sich einer Koalition ebenso eindeutiger Sieger gegenüber sah. Die Deutschen saßen nicht am Verhandlungstisch. Neutrale Dritte, die zugunsten Deutschlands hätten verhandeln können, gab es nicht. Die Siegermächte, deren Bevölkerung genauso unter dem Krieg gelitten hatte wie die Deutschen, sahen sich zudem mit den Erwartungen ihrer Landsleute konfrontiert, einen möglichst hohen Preis für die erlittenen Verluste heraus zu handeln.

Die deutsche Öffentlichkeit war sich dieser Konstellation nicht bewusst. Zum einen gelang es der Obersten Heeresleitung, die Wahrheit über die tatsächliche militärische Situation zu verschleiern und der zivilen Reichsregierung die Verantwortung für die Niederlage anzulasten. Der Mythos von der „im Felde unbesiegten“ Armee, der später in der so genannten Dolchstoßlegende zugespitzt wurde, fiel bei vielen Deutschen auf fruchtbaren Boden. Zum anderen bestand vor allem im bürgerlichen und linken politischen Lager die Zuversicht, dass der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der mit dem Völkerbund ein neues Zeitalter des Völkerrechts einleiten wollte, dafür Sorge tragen würde, dass die Friedensbedingungen dem politischen Wandel Rechnung tragen und die neue demokratische Regierung nicht für die Verfehlungen der ehemaligen Machthaber bestrafen würde.

Dabei hätten schon die Waffenstillstandsbedingungen solche Hoffnungen dämpfen können, die Deutschland mit voller Härte trafen. Auch war in Deutschland nicht klar, dass das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Verlierer nicht gelten sollte und diese auch nicht in den Völkerbund aufgenommen werden sollten.

So wurde im Frühjahr 1919 in Paris ausgehandelt, dass Deutschland ohne Volksabstimmung auf Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy und Teile Schlesiens verzichten sollte, der Zusammenschluss mit Deutsch-Österreich wurde untersagt. Die linksrheinischen Gebiete wurden entmilitarisiert und sollten auf 15 Jahre besetzt, aber nicht vom Reich abgetrennt werden. Für viele andere Gebiete vor allem im Osten wurden Volksabstimmungen angeordnet oder sie wurden wie Danzig und das Saargebiet unter die Obhut des Völkerbundes gestellt. Neben dem Verlust von 8 % seines Territoriums und 10% der Bevölkerung und einer fast vollständigen militärischen Abrüstung musste Deutschland im Friedensvertrag anerkennen, Urheber aller bei den Alliierten entstandenen Kriegsschäden zu sein. Dies bedeutete die Übernahme einer globalen Reparationsverpflichtung zur Wiedergutmachung der angerichteten Schäden auf fremden Hoheitsgebieten. Auf der Friedenskonferenz konnte keine Einigung über die endgültige Höhe der Zahlungen erreicht werden. Die Klärung wurde an eine Reparationskommission überwiesen, die 1921 den Betrag auf 269 Mrd. Goldmark festsetzte, eine Summe, von der alle Beteiligten wussten, dass sie die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht nur vollkommen überstieg, sondern auch auf Dauer unterdrücken würde.

Weder die deutsche Regierung noch die Öffentlichkeit hatten genauere Kenntnis vom Verlauf der Verhandlungen in Paris. Umso größer war der Schock über die unerwartet harten

Friedensbedingungen, als am 7. Mai 1919 der Vertragsentwurf bekannt wurde. Alle politischen Parteien waren sich in der Ablehnung des Vertrages einig. Doch die Alliierten waren nur zu minimalen Zugeständnissen bereit, im Gegenteil, in der Mantelnote des endgültigen Vertragstextes vom 16. Juni wurde nun die bisher eher als juristische Haftung eingesetzte Erklärung zu Deutschlands Kriegsschuld zu einer umfassenden moralischen Verantwortung verschärft. Die Alliierten ließen keinen Zweifel daran, dass sie bei einer Nichtannahme des Vertrages den Krieg fortsetzen würden. Unter diesem Druck unterzeichneten die Vertreter der deutschen Regierung am 28. Juni im Spiegelsaal von Versailles den Friedensvertrag.

Trotz einer Ehrenerklärung der Abgeordneten der politischen Rechten für die Unterzeichner des Friedensvertrages wurde umgehend der jungen Republik und ihrer aus SPD und Zentrum gebildeten Regierung die Schuld an dem „Diktat“ oder „Schandfrieden“ von Versailles angelastet.

Aus heutiger Sicht erscheint der Vertrag nicht so hart und ungerecht, wie ihn die Zeitgenossen sahen. Denn trotz aller Härte einzelner Bestimmungen des Vertrages behielt das Deutsche Reich seine Rolle als europäische Großmacht, die durch den Rückzug des mit innenpolitischen Auseinandersetzungen beschäftigten Sowjetrusland von der weltpolitischen Bühne sogar noch bedeutender wurde. Den Zeitgenossen fehlte aber die Erfahrung oder das Vorstellungsvermögen, dass es auch noch viel schlimmer hätte kommen können, wie es später das Ende des Zweiten Weltkriegs gezeigt hat. Für die Zeitgenossen wurde die Revision des Friedensvertrages zum alles beherrschenden Ziel deutscher Außenpolitik.

Aufbruch in die Moderne

Die schwierige politische Situation der Weimarer Republik, Inflation und soziales Elend stehen in eigentümlichen Kontrast zum Bild der „Goldenen Zwanziger“, das sich bis heute mit dieser Zeit verbindet. Gemeint ist damit nicht nur der glanzvolle Aufstieg von Kunst und Kultur, welche befreit von der Zensur des Kaiserreichs zur vollen Entfaltung kommen konnten, sondern ein allgemeiner Eindruck ungeheurer Modernität in vielen Lebensbereichen.

Klassische Rollenbilder begannen sich aufzulösen und auch wenn das Bild der „Neuen Frau“ in der Malerei und in der Literatur nicht der Lebensrealität der ganz überwiegenden Mehrheit der Frauen entsprach, wurden neue Lebensentwürfe zumindest möglich.

Durch kürzere Arbeitszeiten und Urlaubsansprüche hatte auch die breite Bevölkerung erstmals Freizeit und konnte am kulturellen Leben teilhaben. Die moderne Massenkultur entstand. Besonders populär waren große Sportveranstaltungen wie Boxkämpfe oder das Sechstagerrennen, Variétés und Tanzveranstaltungen.

Mit Film und Rundfunk prägten neue Leitmedien Lebensweisen und Lebensgefühl. Im Oktober 1923 startete das erste regelmäßige Rundfunkprogramm und erreichte innerhalb kürzester Zeit ein Millionenpublikum. In den Filmstudios der UFA in Babelsberg entstanden in den 20er Jahren mehr Filme als in allen anderen europäischen Ländern zusammen. Täglich zwei Millionen Menschen sahen mit Musik untermalte Stummfilme und die Wochenschau in den Kinos, oft begleitet von kurzen Dokumentarfilmen.

Nach dem Großen Krieg - Bewältigung der Kriegsfolgen und Rückkehr in die Zivilgesellschaft

Das Kriegsende und die Bewältigung der Kriegsfolgen stellte die junge Republik vor eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Zwar war das Land nicht zerstört worden, aber vier Jahre Krieg hatten unübersehbare Spuren hinterlassen. Zwei Millionen Soldaten waren im Krieg gefallen, dazu kamen noch einmal rund 700.000 zivile Kriegsoffer, in der Mehrzahl Hungertote. 300.000 weitere Todesopfer forderte die „Spanische Grippe“, eine weltweite Pandemie, die besonders ab Januar 1919 in Deutschland wütete. Die auf die Erfordernisse des Krieges abgestellte Wirtschaft musste auf die heimische Produktion umgestellt werden, ebenso mussten die über 6 Mio von der Front zurückkehrenden Soldaten wieder in das Arbeitsleben integriert werden. Um sozialen Zündstoff zu vermeiden, blieben Teile der Kriegswirtschaft in Kraft, wie die Zwangsbewirtschaftung des Wohnraums und die staatliche Kontrolle der Lebensmittelpreise. Auch 1,5 Mio Kriegsversehrte mussten versorgt und möglichst wieder in das Wirtschaftsleben integriert werden, was aber bis 1924 nur für die Hälfte von ihnen gelang. Bewältigt werden musste außerdem die Zuwanderung aus den abgetretenen Gebieten. Bis 1925 kamen bis zu 150.000 Menschen aus Elsass-Lothringen und 850.000 sogenannte „Grenzlandvertriebene“ aus den polnischen Westgebieten.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgelasten finanzierte die Reichsregierung durch immer neue Schulden. Auch die Finanzierung des Krieges war durch Schulden erfolgt, so dass als Erbe des Kaiserreichs die junge Republik bereits Schulden in Höhe von 149 Mrd. Mark hatte. Diese stiegen bis Ende 1922 auf 469 Mrd. Außenpolitisch ließ sich die daraus resultierende Inflation gut nutzen, da sie die tatsächliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands verschleierte und so dazu diente, die Reparationsforderungen zu unterlaufen. Mit der Geldentwertung konnten zudem Löhne, Gehälter und Sozialleistungen erhöht werden. Die im Herbst 1922 einsetzende Hyperinflation ruinierte die Sparer und stürzte Deutschland in eine schwere Wirtschaftskrise. Die Krise erreichte 1923 ihren Höhepunkt, als mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen die dortige Bevölkerung in einen passiven Widerstand überging. Die Millionenbevölkerung des Ruhrgebietes musste fortan vom Staat alimentiert werden. Die wirtschaftliche Not in den besetzten ebenso wie in den unbesetzten Gebieten zwangen die deutsche Regierung im Herbst 1923 zur Aufgabe des Widerstandes. Mit der Rentenmark wurde im November die Grundlage für eine stabile Währung gelegt und damit auch für einen wirtschaftlichen Aufschwung.